



**RUNDBRIEF ZU ÄTHIOPIEN UND ERITREA
AUSGABE 2/2017
KOORDINATIONSGRUPPE ÄTHIOPIEN-ERITREA
2025**

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



INHALT

Einleitung: Zustand in Eritrea unverändert. Äthiopische Regierung beendet Ausnahmezustand	3
... Zu dem Film „Das grüne Gold“ – Landgrabbing und Weltwirtschaft	3
... Ausnahmezustand in Äthiopien beendet	4
... Äthiopien: Neue gewaltsame Proteste	5
... Eritrea: Kleine Anfrage der Linken zum Asyl von Eritreer_innen im Sudan	5

Amnesty International ist eine weltweite Bewegung mit mehr als 3 Millionen Unterstützern, Mitgliedern und Aktivisten in mehr als 150 Staaten und Territorien, die sich für ein Ende von Menschenrechtsverletzungen einsetzen. Unsere Vision ist, dass jeder Mensch alle seine Rechte, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und anderen Menschenrechtsverträgen verankert sind, genießen kann. Wir sind von jeder Regierung, jeder politischen Ideologie, jedem wirtschaftlichen Interesse oder jeder Religion unabhängig und finanzieren uns hauptsächlich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden.

Foto auf der ersten Seite:

Ausschnitt aus der „Charities and Societies Proclamation“, die 2009 in Äthiopien verabschiedet wurde und zu starken Einschränkungen der Menschenrechtsarbeit im Land führte.

Copyright bei Amnesty International

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



EINLEITUNG

Die menschenrechtliche Situation in **Eritrea ist unverändert** desolat. Dennoch ist Familienzusammenführung für geflüchtete Eritreer_innen in Deutschland prekär (siehe S.5).

In **Äthiopien** wurde am 4. August dieses Jahres **der zehnmonatige Ausnahmezustand aufgehoben**. Doch auch nach der Beendigung bleiben Tausende ohne Anklage in Haft. Durch das Verhängen des Notstands hatte die Regierung nicht auf die geforderten Reformen reagiert, sondern lediglich die Proteste unterdrückt. Kritiker_innen befürchteten neue Proteste bereits mit der Aufhebung des Ausnahmezustands (S. 4).

Ein wichtiger **Grund** für die – auch blutigen – Unruhen war der ‚**Stadtentwicklungsplan Addis Abeba**‘, der Landnahmen besonders in der Region Oromia mit sich bringen sollte. Diese Form des **Landgrabblings** gefährdet das **Menschenrecht auf angemessene Ernährung** der Betroffenen (Artikel 11 des Sozialpaktes, dem Äthiopien 1993 beigetreten ist).* Die äthiopische Regierung verkauft oder verpachtet landwirtschaftliche Nutzflächen an ausländische Investoren oder an Länder, die die eigene Ernährung auf diese Weise sichern. Gleichzeitig sind in Äthiopien Millionen Menschen auf Lebensmittel-Hilfslieferungen angewiesen sind. Erst im April 2017 erhöhte Deutschland seine Hilfe für Menschen in den Dürregebieten am Horn von Afrika um 100 Millionen Euro auf 300 Millionen** Die durch Verpachtung erhofften Devisen, der Import von Technologie und Know-How, den sich die äthiopische Bevölkerung zunächst versprach, bleiben aber aus.

Auf diese Problematik geht der **Film „Das grüne Gold“** von Joakim Demmer ein, der Anfang Oktober in die Kinos kommt (die internationale Fassung trägt den Titel „Dead Donkeys fear no Hyenas“). Der Film zeigt am Beispiel Äthiopiens den **Zusammenhang von global arbeitenden Finanz-Institutionen (u.a. Weltbank) mit Zwangsvertreibungen** in Entwicklungsländern. Trotz großer Risiken haben viele Äthiopier_innen an dem Film mitgewirkt: Sie hoffen, dass sich ihre Lage verbessern könnte, wenn eine größere Öffentlichkeit sie wahrnimmt (S.4).

Aktuell eskaliert außerdem ein Konflikt zwischen den äthiopischen Regionen in Oromiya und Somali: **Proteste im September führten zu hunderten Toten**. Auch in diesem Konflikt spielt der Besitz/die Verteilung von Land eine wichtige Rolle (S.5).

*<http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/menschenrechtsinstrumente/vereinte-nationen/menschenrechtsabkommen/sozialpakt-icescr/>
<https://www.fdcl.org/themen/landnahme/info/recht-auf-nahrung-menschenrechtsverletzungen-durch-land-grabbing/>

**http://www.t-online.de/nachrichten/id_80797908/deutschland-stockt-hilfe-fuer-hungernde-in-ostafrika-auf.html/

ZU DEM FILM „DAS GRÜNE GOLD“ VON JOAKIM DEMMER

Zwei Auszüge aus dem Presseheft:

- Synopsis -

Ackerland – das neue grüne Gold. Weltweit wächst die kommerzielle Nachfrage nach Anbauflächen für den globalen Markt, eine der **lukrativsten neuen Spielflächen** ist Äthiopien. In der Hoffnung auf große Exporteinnahmen **verpachtet die äthiopische Regierung** Millionen Hektar Land an ausländische Investoren. Der Traum von Wohlstand hat jedoch seine dunklen Seiten: es folgen Zwangsumsiedlungen riesigen Ausmaßes, über 1 Millionen Kleinbauern verlieren ihre Lebensgrundlage, die Böden werden überfordert – die Antwort ist eine Spirale der Gewalt im Angesicht einer paradoxen Umweltzerstörung. Denn zu dieser Entwicklung tragen auch Milliarden Dollar Entwicklungshilfe von Institutionen wie der EU und Weltbank bei. Und wer sich in den Weg stellt, erfährt die harte Hand der Regierung. Dies muss auch der junge äthiopische Umweltjournalist Argaw lernen, der seine Stimme erhebt – und sich damit selbst in Gefahr bringt.

Transnationale Landinvestitionen als Konjunkturmachine oder Ausverkauf des eigenen Landes. Die einen hoffen auf große Gewinne und Fortschritt, die anderen verlieren Existenz und Zuhause. Der erschreckenden Wahrheit auf der Spur trifft der schwedische Regisseur Joakim Demmer auf Investoren, Entwicklungsbürokraten, verfolgte Journalisten, kämpfende Umweltaktivisten und vertriebene Bauern. Ein ungeheuerlicher Real-Thriller, der von den scheinbar entlegenen Ecken Äthiopiens über die globalen Finanzmetropolen direkt auf unseren Esstisch führt.

- Regiekommentar -

Die Arbeit an DAS GRÜNE GOLD wurde durch eine scheinbar alltägliche Szene am Flughafen von Addis Abeba vor Jahren ausgelöst. Während ich [Joakim Demmer] auf meinen Flug spät nachts wartete, sah ich zufällig müde Arbeiter auf der Rollbahn, die Nahrungsmittel in ein Flugzeug nach Europa luden. Und zur gleichen Zeit war ein anderes Team damit beschäftigt, Nahrungsmittelhilfe aus einem zweiten Flugzeug zu entladen. Ich habe ein bisschen gebraucht, um die tragende Bedeutung hinter der Szene zu begreifen – dieses von Hungersnot geplagte Land, in dem Millionen von Nahrungsmittelhilfe abhängig sind, exportiert tatsächlich Nahrung zu uns. [...]

Der **Trailer** ist unter <https://www.kino.de/film/das-gruene-gold-2016/#> zu sehen.

In folgenden Kinos startet der **Film am 5. Oktober**:

[Kommunales Kino im Künstlerhaus](#)/Sophienstraße 2 30159 Hannover

[Cinémathèque in der naTo Leipzig e.V.](#)/Karl-Liebknecht-Straße 48 04275 Leipzig/Format: OV

[Kommunales Kino Pforzheim](#)/Schlossberg 20 75175 Pforzheim

[Kommunales Kino Esslingen](#)/Maille 4-9 73728 Esslingen

[Apollo Aachen](#)/Pontstraße 141-149 52062 Aachen

AUSNAHMEZUSTAND IN ÄTHIOPIEN BEENDET

Am 4. August hat das äthiopische Parlament den zehnmonatigen Ausnahmezustand aufgehoben. Er hatte zu Massenverhaftungen, sowie politisch motivierten Strafanzeigen geführt und sowohl die Bewegungsfreiheit als auch die Kommunikationsmöglichkeiten im Land stark eingeschränkt. Doch auch nach der Beendigung bleiben Tausende ohne Anklage in Haft, es werden keine der Gründe für Unzufriedenheit der Bevölkerung angesprochen und die politisch motivierten Gerichtsverfahren gegen Oppositionsführer, Künstler, Journalisten und andere werden fortgeführt.

Im Oktober 2016 hatte die Regierung eine grundlegende Reform versprochen, denn jahrelange Proteste hatten zu über 1000 Toten geführt. Man versprach u.a. die Bekämpfung der Korruption, die Kabinettsumbildung und einen Dialog mit den (Resten der) Oppositionsparteien. Aber das waren nicht die eigentlichen Gründe für die Proteste gewesen. Es war gefordert worden, den politischen Raum zu öffnen und Dissens zuzulassen. Man wollte, dass verschiedene Perspektiven toleriert werden, auch wenn sie in einem so großen und ethnisch diversen Land kritisch sein können. Die Regierung versäumte es außerdem, eine glaubwürdige Untersuchung der Sicherheitskräfte durchzuführen, die ihre Kompetenzen während der Proteste missbraucht hatten. Die Straflosigkeit für Sicherheitskräfte in Äthiopien wird auch von der Menschenrechtskommission und Human Rights Watch bemängelt.

So hat die äthiopische Regierung den Spielraum, den ihr der Ausnahmezustand verschafft hat, um ohne drohende Proteste auf die Beschwerden der Bürger einzugehen, nicht genutzt. Es ist zu befürchten, dass das Land auf diese Weise langfristig weiter destabilisiert wird. Außerdem sollte die Regierung die – besonders aus politischen Gründen – willkürlich Festgenommenen und Oppositionspolitiker wie Dr. Merera Gudina (OPD) freilassen. Viele der Inhaftierten gehen davon aus, dass es ohne Reformen nur eine Frage der Zeit sei, bis sie wieder protestieren.

Quelle: <https://www.hrw.org/news/2017/08/07/state-emergency-ends-ethiopia> (August 7, 2017 4:10PM EDT Dispatches)

NEUE GEWALTSAME PROTESTE IN ÄTHIOPIEN

Im September kam es in Äthiopien zu gewaltsamen Protesten und Kämpfen entlang der Grenze zwischen den Regionen der Somali und der Oromo, die zu massiven Menschenrechtsverletzungen auf beiden Seiten führten. Laut dem äthiopischen Regierungssprecher Negeri Lencho wurden hunderte Menschen beider Ethnien getötet und der Präsident der Region Oromia sagte, dass zusätzlich 50000 Menschen vertrieben worden seien.

Seit Jahrzehnten kommt es zu vereinzelt Auseinandersetzungen, wem die Kontrolle über das fruchtbare Grenzland zustehe. Ein Referendum im Jahr 2004 konnte die Spannungen nicht lösen; vielmehr wurden wiederholt gegenseitige Anschuldigungen laut, dass paramilitärische Gruppen oder Polizeieinheiten eingesetzt würden, die durch ihre Eingriffe die gemeinsamen Beschlüsse verletzen.

So führt der äthiopische Regierungssprecher die jüngsten Proteste darauf zurück, dass am 11. September zwei lokale Amtsinhaber in der Oromo Region durch eine Polizeieinheit der Somali Region verhaftet und anschließend getötet worden seien. Amtsinhaber der Somali Region stritten diese Behauptung ab und verwiesen stattdessen darauf, dass man am 12. September 50 Somali in einer Kleinstadt in Oromia getötet habe.

Premierminister Desalegn sagte, dass die Regierung nun äthiopisches Militär in die betroffenen Regionen geschickt habe. Sie sollen die Anwohner entwaffnen, grenzüberschreitende Schnellstraßen sichern und hätten bereits die Kämpfe unterbunden.

Quellen: http://www.bbc.com/news/live/world-africa-40829108?ns_mchannel=social&ns_source=twitter&ns_campaign=bbc_live&ns_linkname=59b8f702e4b054faf998f3d6%26Deadly%20protests%20hit%20Ethiopia%26&ns_fee=0#post_59b8f702e4b054faf998f3d6
http://af.reuters.com/article/africaTech/idAFKCN1BT0G7-OZATP?utm_source=%5BNewsletters%5D+The+Africa+Report&utm_campaign=5d6207d79c-EMAIL_CAMPAIGN_2016_09_18&utm_medium=email&utm_term=0_7ee2458fc1-5d6207d79c-338219369

http://www.thepeninsulaqatar.com/article/25/09/2017/Hundreds-dead-in-Ethiopia-ethnic-clashes?utm_content=buffer2b531&utm_medium=social&utm_source=twitter.com&utm_campaign=buffer

ASYLPOLITIK: ERITREISCHE FLÜCHTLINGE

Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Antwort der Fraktion die Linke vom 21.08.2017

In einer kleinen Anfrage thematisiert die Bundestagsfraktion die Linke die asylpolitische Lage von eritreischen Flüchtlingen. Sie nimmt vor allem Bezug auf Fragen der Familienzusammenführung und die Bedingungen in Flüchtlingslagern im Sudan. Sie macht darauf aufmerksam, dass es nachzugswilligen Familienmitgliedern große Schwierigkeiten bereitet, wenn sie sich um Dokumente bemühen müssen, um ihre Familienzugehörigkeit zu beweisen. Wenn Flüchtlinge diese Dokumente in der eritreischen Botschaft in Khartum (Sudan) beantragten, seien Inhaftierungen und Abschiebungen vorgekommen. Die Bundesregierung betont darauf, dass religiöse und gewohnheitsrechtliche Ehen in Eritrea seit 2015 registriert werden und ein Nachweis über die dortige Regierung notwendig sei, um Ehegattennachzug zu beantragen. Die Linke geht auch auf die Diasporasteuer für eritreische Bürger_innen ein, welche mutmaßlich in eritreischen Botschaften verlangt wird, wenn Unterlagen beantragt werden. Die Bundesregierung macht deutlich, dass eine solche Steuer nicht grundsätzlich unrecht sei, aber dass ihr über die genauen Mechanismen und Abläufe der Erhebung nichts bekannt sei.

Den gesamten Text der kleinen Anfrage der Linken und der Bundesregierung:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/133/1813359.pdf>

Liebe LeserInnen,

Menschenrechtsarbeit kostet Geld. Daher würden wir uns über eine Spende auf das Spendenkonto 80 90 100 bei der Bank für Sozialwirtschaft Köln 370 205 00 unter Angabe des Verwendungszwecks: „2025“ und Ihres Namens oder Ihrer Mitgliedsnummer freuen.

Vielen Dank!

**IMPRESSUM:
Amnesty International**

Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin
Koordinationsgruppe Äthiopien/Eritrea
Email: aethiopien@amnesty-stuttgart.de
Internet: www.amnesty-aethiopien.de
V.i.S.d.P.: Clara Braungart, Frankfurt a. M.

HAFTUNGSAUSCHLUSS:

Lediglich die mit Amnesty International gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Organisation wieder. Verknüpfungen zu Webseiten Dritten („externe Links“) wurden mit größtmöglicher Sorgfalt ausgewählt. Der Anbieter hat keinerlei Einfluss auf die aktuelle und zukünftige Gestaltung und den Inhalt der verknüpften Webseiten. Eine ständige Überprüfung externer Links ist dem Anbieter ohne konkrete Hinweise nicht zumutbar. Bei Kenntnis über etwaige Rechtsverstöße werden derartige externe Links unverzüglich entfernt.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

